



Loveparade – 21 Tote und viele Fragen

Die Loveparade, die als riesiges Tanzevent geplant war und auf der Hunderttausende tanzen und feiern wollten, endete in einer Katastrophe. 21 Tote und über 500 Verletzte sind das schreckliche Ergebnis einer Panik, deren Gründe genauso viele Fragen aufwerfen wie der Umgang damit während und nach der Tragödie.

Zu einem Zeitpunkt, an dem die Trauer um die Verstorbenen und das Mitgefühl für die Angehörigen und die vielen Verletzten überwiegt, soll versucht werden, den Ablauf der Ereignisse und den anschließenden Umgang damit aus Sicht der GdP zu bewerten. Natürlich sind wir uns bewusst, dass sich zwischen Redaktionsschluss und Erscheinungsdatum noch Neuigkeiten ergeben können, die die Bewertungen verändern können. Die nachfolgenden Ausführungen sind nur eine vorläufige Bewertung. Diese basiert auf Grundlage der Berichte des Landesinnenministers Ralf Jäger vor der Presse und vor dem Landtagsinnenausschuss, auf eigenen Recherchen, auf Hinweisen von Betroffenen und einer Auswertung der Presseberichterstattung.

Leider kann auch nach Auswertung der genannten Erkenntnisse keine eindeutige Erklärung für die tragischen Ereignisse auf der Loveparade geliefert werden. Die Frage nach der Schuld können nur die eingeleiteten staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen klären. Die Fragen nach der Verantwortung sind leichter zu klären. Die Stadt hatte die Zuständigkeit für die Genehmigung der Veranstaltung, deren Kontrolle und die Aufsicht über die Veranstaltung, insbesondere die Einhaltung des Sicherheitskonzepts. Der Veranstalter ist auf dem Veranstaltungsgelände verantwortlich, auch für die Sicherheit. Er muss die Auflagen erfüllen, die im Genehmigungsbescheid enthalten sind. Die Polizei hat für die Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum außerhalb des Veranstaltungsgeländes zu sorgen. Darunter fielen die An- und Abreise der Besucher der Loveparade sowie die Verhinderung und gegebenenfalls Verfolgung von Straftaten.

Aus Polizeisicht waren bereits vorher Sicherheitsbedenken geäußert worden. Diese seien laut eines Gutachtens, das die Stadt Duisburg vorgelegt hat, „geprüft

und, soweit von Sachverständigen für sinnvoll erachtet, umgesetzt worden“. Hier drängen sich bereits die ersten Fragen auf: Welche Bedenken wurden geäußert und vor allem wer waren denn die „Sachverständigen“, die die Bedenken der Polizei – also der eigentlichen Sachverständigen für Fragen der Sicherheit – überprüft haben und mit welcher Zielsetzung? Wurde der Polizei auch mitgeteilt, welche Bedenken man beachtet hat und welche nicht?

Die Veranstaltung begann bereits deaströs. Entgegen festen Absprachen wurden die Zugangssperren erst gegen 12 Uhr geöffnet. Grund: Planierarbeiten, die auf dem Gelände noch erfolgen mussten. Folge: Vor den Sperren warteten bereits zu diesem Zeitpunkt rund 20 000 Besucher. Von der Polizei mußte wiederholt darauf hingewirkt werden, die Einlassschleusen personell ausreichend zu besetzen.

Hauptknotenpunkt der Besucherströme war die Rampe, die aus dem Bereich der Zugangstunnel auf den Veranstaltungsbereich führte. Dort bildeten sich Rückstaus – zum Teil durch ungesteuerten Zulauf aus den Tunnelbereichen, zum Teil durch „Pfropfbildung“ am oberen Ende der Rampe. Als dann der Veranstalter nicht mehr in der Lage war, den Stau an der Rampe aufzulösen und den Strom von der Rampe weg auf das eigentliche Veranstaltungsgelände zu lenken, musste die Polizei den Ordnungsdienst unterstützen. Der Abschnittsführer vereinbarte daher mit dem Ordnungsdienst, dass zeitgleich mit einzurichtenden Sperrmaßnahmen bei der die Polizei unterstützen wollte, eine Schließung der Schleusen und der verstärkte Einsatz von Pushern erfolgen sollte. Es scheint klar, dass diese Vereinbarung durch den Veranstalter nicht umgesetzt wurde.

Die Menschenmenge im kritischen Bereich am Fuß der Rampe wurde immer

größer, und damit der Druck auf die Absperrungen. Zäune wurden überstiegen und umgerissen, Menschen stürzten, es kam zur Panik. Die Polizeikräfte direkt am Ort des Geschehens hatten nun nur noch ein Ziel: so viele Menschen wie möglich zu retten bzw. in Sicherheit zu bringen. Dies gelang nur unter Außerachtlassung der Gefährdung für das eigene Leben und die eigene Gesundheit. Eingesetzte Kolleginnen und Kollegen berichteten, dass sie teilweise bis zu einer Stunde versuchten Verletzte zu reanimieren, schreckliche Verletzungen versorgen mussten und Sterbende in den Armen hielten. Nur dem beherzten Einsatz vieler Polizistinnen und Polizisten und der Rettungskräfte ist es zu verdanken, dass es nicht zu noch mehr Opfern und Toten kam. Bis zur physischen und psychischen Belastungsgrenze wurde hier geholfen. Der Dank hierfür kann gar nicht groß genug ausfallen. Diese Sichtweise scheint aber nicht von allen Verantwortlichen so gesehen worden zu sein.

Während sich der Innenminister Ralf Jäger vor die Polizei stellte, richteten der Veranstalter und die Stadt Duisburg Vorwürfe gegen die Polizei. Die eigene Verantwortung sei wahrgenommen, alle Auflagen erfüllt worden – so der Veranstalter. Das von der Stadt in Auftrag gegebene Gutachten entlastet die Stadt Duisburg umfassend. Bisher sind keinerlei Fehler eingeräumt, und es wurde an keiner Stelle Verantwortung übernommen. Wenn aber keine Fehler gemacht wurden und jeder seine Aufgaben gewissenhaft erfüllt hat, wie konnte es dann zu 21 Toten und über 500 Verletzten kommen? Wenn vorher Schwachstellen gesehen und moniert wurden, sind diese Bedenken energisch genug geäußert worden? Warum wurden die polizeilichen Anordnungen zur Auflösung des verhängnisvollen Staus nicht umgesetzt? Und all die, die jetzt die Verantwortung so vehement auf andere abwälzen, hätten die sich nicht geradezu gesonnt in der Verantwortung, wenn die Loveparade ein Erfolg geworden wäre? Diese letzte Frage dürfte wohl eher rhetorischen Charakter haben.



Verantwortung nicht bei der Polizei abladen

Wer letztendlich die Verantwortung für die Katastrophe auf der Duisburger Loveparade tragen muss und ob es eventuell sogar Strafverfahren geben wird, ist zur Zeit unklar. Daneben gibt es aber auch eine moralische Verantwortung. Momentan versuchen alle, die bei der Gewährleistung der Sicherheit mitgewirkt haben, dem jeweils anderen die Verantwortung – und damit auch die Schuld zuzuweisen. Natürlich empfiehlt es sich beim derzeitigen Sachstand, vorsichtig mit solchen Schuldzuweisungen umzugehen. Schließlich muss sich jeder der Beteiligten fragen, ob er seine Aufgaben professionell, gewissenhaft und vor allem verantwortungsvoll erledigt hat.

Eines jedoch dürfte auf jeden Fall feststehen, nämlich, dass es nur dem beherzten, teilweise bis über die Belastungsgrenze gehenden Einsatz der Ret-

tungskräfte und der Polizei zu verdanken ist, dass es nicht zu mehr Toten und mehr Verletzten kam. Auf keinen Fall darf es dazu kommen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen, die direkt am Unglücksort unter Vernachlässigung der eigenen Gesundheit, ja sogar unter Gefahr für ihr eigenes Leben geholfen haben, Menschen aus dem Gedränge zu befreien, in Sicherheit zu bringen oder zu reanimieren, jetzt den „schwarzen Peter“ zugeschoben bekommen.

Dies werden wir nicht zulassen. Genauso wenig, wie wir es dulden werden, dass nun all diejenigen, die sich im Falle einer erfolgreichen Loveparade in deren Glanz gesonnt hätten, die Polizei für die katastrophalen Folgen verantwortlich machen. Verantwortung hat man nicht nur – und lässt sich diese gut bezahlen –, man muss sie notfalls auch übernehmen und tragen.



Pläne der Bundesregierung

Weil die Regierungsparteien vor Maßnahmen zur Kostensenkung im Gesundheitswesen zurückscheuen, um ihre eigene Klientel zu schützen, beabsichtigen sie, die Beitragssätze der Gesetzlichen Krankenkassen zu erhöhen und diesen gleichzeitig zu erlauben, Zusatzbeiträge bis zu 2% des Einkommens der Versicherten zu erheben.

Bezogen auf die Tarifierhöhung im März 2010 würde bei der Erhöhung des Beitragssatzes deutlich weniger vom Nettowachstum verbleiben.

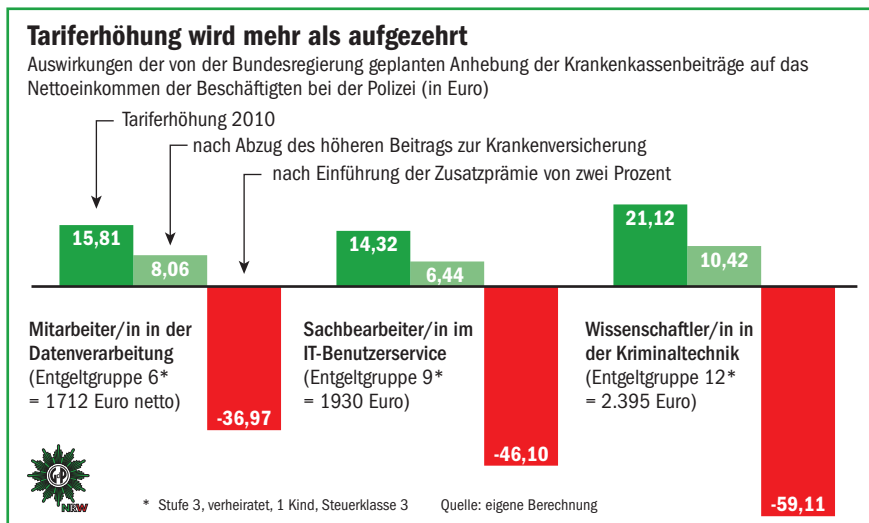
Bei Erhebung eines Zusatzbeitrages in voller Höhe droht ein Abrutschen ins Minus. Der Wahlkampflogan der FDP lautete übri-

gens: „Mehr Netto vom Brutto“. Nicht nur vor diesem Hintergrund haben der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften beschlossen, gegen die soziale Schieflage bei der Krisenbewältigung sowie für so-

ziale Gerechtigkeit, einen starken Sozialstaat und eine gerechte Ordnung auf dem Arbeitsmarkt ihre Kräfte zu bündeln. Beginnend mit September 2010 werden zahlreiche Aktivitäten zu den genannten Problemkreisen stattfinden.

Hierin werden auch Aktionen gegen die Rente mit 67 und die Gesundheitspolitik einbezogen. Eine von mehreren dezentralen Veranstaltungen wird am 13. November 2010 in der Westfalenhalle Dortmund stattfinden.

Wir bitten, diesen Termin vorzumerken und werden einen konkreten Aufruf hierzu rechtzeitig veröffentlichten.



Weil CDU, CSU und FDP vor Maßnahmen zur Kostensenkung im Gesundheitswesen zurückscheuen, um ihre eigene Klientel zu schützen, drohen den Tarifbeschäftigten massive Einkommensverluste. Setzt sich die Bundesregierung durch, dürften sehr schnell auch auf die Beamten vergleichbare Belastungen zukommen.



Aktuell: EMS und Schutzhelme

In einem WAZ-Interview vom 18. 6. 2009 forderte der GdP-Landesvorsitzende Frank Richter nach den schweren Ausschreitungen bei der 1.-Mai-Kundgebung in Dortmund und anlässlich der Fußball-Randale am 23. 5. 2009 nach dem Spiel Fortuna Düsseldorf gegen Werder Bremen II eine verbesserte Ausstattung, insbesondere für den Wachdienst. Am 19. 6. 2009 erklärte der damalige Innenminister Dr. Wolf in einer Sitzung des Innenausschusses des NRW-Landtages, dass Beamte des Streifenendienstes künftig mit Helm und einem speziellen Einsatzmehrzweckstock ausziehbar (EMS-A) ausgestattet werden. Nachfolgend stellen wir den aktuellen Sachstand dar.

Vom 28. 8. 2008 bis 30. 6. 2009 (Abgabe des Zwischenberichtes) hatte die AG „Ausstattung des Wachdienstes“ unter Leitung von LPD Schulz (PP Wuppertal) den Auftrag, die derzeitige spezifische Ausstattung des Wachdienstes nach Art und Umfang zu betrachten und Schlussfolgerungen zur persönlichen und/oder funktionalen Ausstattung zu beschreiben. Hierbei ging es u. a. auch um ein Nachfolgemodell für den Einsatzstock kurz (Gummi). In der Folge wurden durch die AG die Einsatzstöcke

- > Rapid Rotation Baton (RRB)
- > Einsatzstock kurz ausziehbar (EKA)
- > Einsatzmehrzweckstock ausziehbar (EMS-A)

hinsichtlich ihrer Funktionalität (Tragekomfort, Schlag-, Verteidigungs- bzw. Festnahmetechniken) und Wirkung geprüft und verglichen.

Im Ergebnis hat die AG in ihrem Zwischenbericht den EMS-A favorisiert. Mit Erlass vom 27. 7. 2009 entschloss sich das Innenministerium auf Grundlage der GdP-Aktivitäten und des Zwischenberichtes der AG, den EMS-A anzuschaffen und alle Kolleginnen/Kollegen des Wachdienstes mit einem Einsatzhelm auszustatten.

Probelauf:

Mit der Umsetzung eines Probelaufes wurden LZPD und LAFP beauftragt. Hierzu wurden drei Polizeibehörden (PP

Bielefeld, PP Gelsenkirchen und LR Neuss) ausgewählt. Aus jeder Behörde nahmen ca. 25 Kolleginnen/Kollegen aus den unterschiedlichsten Dienstbereichen an diesem Probelauf teil. Insgesamt beteiligten sich drei Anbieter, wobei ein Anbieter während dieser Phase ausstieg, da es an seinem Produkt zu Funktionsstörungen gekommen war. Der Probelauf ging über drei Monate (November 2009 bis Februar 2010). Während dieser Zeit hatte jede Kollegin/jeder Kollege alle EMS-A der unterschiedlichen Anbieter zu testen, um untereinander vergleichen bzw. bewerten zu können. Im Ergebnis sollten sie zum Ende des Probelaufes vier Erhebungsbögen ausfüllen, um darin ihre Erfahrungen und Erkenntnisse darzustellen. Hierbei ging es im Einzelnen um Fortbildungsmaßnahmen, Anwendung, Einsatzerfahrungen und Eigenschaft der unterschiedlichen Modelle.

Durch das IM wurde zwischenzeitlich entschieden, dass insbesondere der Wachdienst mit dem EMS-A ausgestattet werden soll. Darüber hinaus sollte jedoch eine Poolausstattung für weitere operative Einheiten (z. B. ET) und Reserven angeschafft werden. Es erfolgt keine Mann-/Frauenausstattung, sondern es wird eine Fahrzeugausstattung (je Fahrzeug 2 EMS-A in einer Haltevorrichtung) angeschafft. Hinzu kommt eine persönliche Gürteltragevorrichtung.

Ausschreibung/Beschaffung:

Am 27. 5. 2010 hat der Polizeihauptpersonalrat der Ausschreibung eines

- > EMS-A (9300 Stück)
- > Holster-Gürteltragevorrichtungen (18 000 Stück) und
- > Fahrzeughalterungen (9000 Stück) zugestimmt.

Wir gehen davon aus, dass das Vergabeverfahren noch in diesem Jahr beendet sein wird und die ersten EMS-A zum Ende des Jahres 2010 ausgeliefert werden können.

Aus-/Fortbildung:

Der Einsatz des EMS-A macht ein qualifiziertes Training bzw. eine Überprüfung erforderlich. Dies ist auf der einen Seite sehr zeitaufwendig, muss jedoch aus Sicht der GdP unter hoher Priorität durchgeführt werden. Gerade bei der Grundbeschulung (diese ist für eine gute Handlungskompetenz zwingend erforderlich) muss der Grundsatz Genauig-

Anzeige



Die AHG Klinik Berus ist Ihr Spezialist für

- ▲ Burnout
- ▲ Posttraumatische Belastungsstörungen
- ▲ Mobbing und Arbeitsplatzkonflikte
- ▲ Chronischer Tinnitus

Kostenträger:
Die AHG Klinik Berus wird von Privaten Krankenversicherungen als sogenannte „gemischte Krankenanstalt“ anerkannt und belegt. Sie ist beihilfefähig gemäß § 7 der Beihilfeverordnung (BhVO).
Wir sind gerne bereit, Sie bezüglich notwendiger Kostenübernahmebeantragungen umfassend zu beraten. Bitte wenden Sie sich hierzu an unser Chefarzt-Sekretariat, Frau Steffens, unter Telefon (06836) 39-186.

AHG Klinik Berus
Orannastraße 55
D-66802 Überherrn-Berus
Tel.: (06836) 39-0
Fax: (06836) 39-178
E-Mail: klinikberus@ahg.de
Internet: www.ahg.de/berus

AHG KLINIK BERUS
Europäisches Zentrum für Psychosomatik und Verhaltensmedizin

Wir arbeiten nach einem wissenschaftlich begründeten verhaltenstherapeutischen Konzept. Betreut werden Sie von einem qualifizierten Behandlungsteam, bestehend aus Fachärzten und Dipl.-Psychologen, Sport- und Bewegungstherapeuten sowie Ergo- und Physiotherapeuten.



KLINIK IM VERBUND DER AHG Mitglied der DZG

→ Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

keit vor Schnelligkeit gelten. Aus Sicht der GdP bietet es sich deshalb an, im Jahr 2011 für das Einsatztraining 24 ein Schwerpunktthema „**Aktuelle Gewaltentwicklung**“ (nur für die Zielgruppe der EMS-A-Anwender) festzulegen und diese dort zu beschulen.

Für die Fachhochschüler sind ab dem Jahre 2011 auch gleichlautende Zeitansätze in das Studium mit einzubauen.

Einsatzschutzhelme:

Zwischenzeitlich ist die Abfrage über den Bestand in den Behörden abgeschlossen. Es wurden Einsatzschutzhelme der Firma Schubert P 100 F mit Mund- und Kinnschutz bestellt und zum Teil auch schon ausgegeben. Hierdurch wird sichergestellt, dass zukünftig jede Kollegin/jeder Kollege des Wachdienstes über einen solchen verfügt. Insgesamt wird hierfür ein Betrag von 2,2 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Nimmt man die 1,3 Mio. Euro für die Beschaffungsmaßnahme EMS-A hinzu, ergibt sich eine Gesamtinvestition für die Sicherheit unserer Kolleginnen/Kollegen von 3,5 Mio. Euro. Dies ist aus Sicht der GdP professioneller Arbeitsschutz und Gesundheitsschutz und eine richtungsweisende Investition in die Zukunft.

Die DP hat eine Kollegin (Antwort A) und einen Kollegen (Antwort B) kurz befragt, die an dem Probelauf teilgenommen haben:

Frage 1:

Wie steht ihr persönlich zu der Anschaffung des EMS-A?

Antwort A: Ich befürworte die Anschaffung und Einführung des EMS-A, da ich ihn für ein sinnvolles Einsatzmittel erachte. In den Hundertschaften kommt der Tonfa ja schon regelmäßig zum Einsatz, da man sich dort regelmäßig größeren Personengruppen gegenüber sieht. Dies geschieht auch im Wach- und Wechseldienst immer häufiger. Meist sind diese Personen alkoholisiert und verhalten sich dann gegenüber den zahlenmäßig unterlegenen Polizeibeamten aggressiv und sind nicht selten gewaltbereit.

Ich habe die Erfahrung gemacht, dass, sobald der EMS-A „einsatzklar und locker in der Hand liegend“ vom polizeilichen Gegenüber wahrgenommen wird, man sich von den Beamten räumlich distanziert. Dies schafft einen gewissen „Freiraum“, wenn man zuvor zum Beispiel bedrängt und/oder körperlich angegangen wurde.

Der EMS-A kann auch ohne viel körperliche Anstrengung effektiv (z. B. Transport-/Festnahmetechniken) einge-

setzt werden, ohne martialisch oder unverhältnismäßig hart zu wirken.

Antwort B: Ich befürworte es sehr, dass der Schlagstock eingeführt wird. Ich war auf dem Seminar in Bork und habe dort die Vorzüge am eigenen Körper kennengelernt. Es ist eine gute Anschaffung, da der EMS-A auch für ältere Kollegen (ich bin 51 Jahre) eine gute Möglichkeit bietet, sich den polizeilichen Störer ohne große Kraftanstrengung vom Leib zu halten.

Frage 2:

War die durchgeführte Ausbildung ausreichend?

Antwort A: Die Erfahrungen während des Probelaufs waren positiv. So wurde ich auch einsatzunabhängig von Bürgern angesprochen und „zu dem Stock an meinem Gürtel“ befragt. Die Rückmeldungen waren durchweg so, dass man z. B. durch Medien-/Berichterstattung um die erhöhte Gewaltbereitschaft gegenüber Polizeibeamten weiß und es gut findet, „wenn die Polizei endlich aufrüstet“ und den entsprechenden Gruppen nicht hilflos gegenübersteht. Die mehrtägige Ausbildung in Bork war professionell gestaltet und versetzt einen in die Lage, den EMS-A sicher einsetzen zu können. Die vermittelten Techniken waren sehr einsatzorientiert. Der Einsatzfolg des EMS-A hängt meiner Meinung nach jedoch deutlich davon ab, ob der Träger diese Techniken automatisiert anwenden kann. Hier wird im Weiteren die regelmäßige Aus- und Fortbildung der jeweiligen Polizeibeamten eine entscheidende Rolle spielen.

Antwort B: Die Ausbildung an sich war vom Zeitanatz ausreichend. Ich halte aber ein regelmäßiges Training als Auffrischung für erforderlich.

Frage 3:

Wie waren deine Erfahrungen im Probelauf bzw. hast du den EMS-A schon einmal im Dienst eingesetzt?

Antwort A: Ich habe den EMS-A während eines Fußballspiels eingesetzt (Amateure Schalke–Dortmund), wo es von polizeilicher Seite leider versäumt wurde, entsprechende geschlossene Einheiten (BPH) einzusetzen.

Zirka zehn Kollegen meiner Dienstgruppe (WWD!!!) und ich mussten auf einem Spielfeld etwa 150 Randalierer der verfeindeten Gruppen trennen, die zuvor schon Schiedsrichter mit Zaunelementen und Fahrrädern beworfen hatten und nun aufeinander losgehen wollten. Die Personen waren zum großen Teil augenscheinlich alkoholisiert und verummumt und verhielten sich extrem aggressiv.

Dabei ist mir aufgefallen, dass ich, die

in dieser Situation als Einzige (weil Testlauf) den EMS-A mitführte und einsatzbereit vor meinem Körper führte, vom polizeilichen Gegenüber systematisch gemieden wurde. Bei anderen Kollegen wurde regelmäßig versucht, die Kette zu durchbrechen. Diese Kollegen gerieten regelrecht in Bedrängnis und konnten sich keine Distanzen zu den Randalierern verschaffen.

Antwort B: Während des Probelaufes habe ich den EMS-A mehrfach im Dienst gezogen. Alleine durch das Geräusch beim Ausklappen erzielt man schon eine gewisse Wirkung beim Gegenüber. Man kann mit dem EMS-A gezielt Personen auf Distanz halten, ohne sich körperlich anzustrengen. Der EMS-A vermittelt dem Träger eine gewisse Sicherheit.

Verpflegung blutverschmutzt

Bereits in der DP-Ausgabe Juni 2010 hat die GdP auf die unzumutbaren Verpflegungssituationen hingewiesen. Zu diesem Zeitpunkt lagen bereits massive Beschwerden aus einer Vielzahl von Behörden vor. Insbesondere wurde die Quantität, aber auch die Qualität bemängelt. In einer Pressemitteilung vom 21. 6. 2010 heißt es, dass die Zwischenfälle bei der Verpflegung der Polizei ausgeräumt wären. In der Folge ist es aber noch zu weiteren Verschlechterungen gekommen. Verdorbene Schnitzel und Frikadellen in Mettmann, unzureichende Verpflegung auf der Rheinkirmes in Düsseldorf, verdorbenes Schweinefleisch und Bierwurst im Einsatz Loveparade (GSA-Düsseldorf), rohes, nicht durchgebratenes Fleisch in Wuppertal sowie abgelaufene Butter und Käse in Bochum wurden durch die Caterer ausgeliefert. Der Höhepunkt wurde jedoch am 4. 8. 2010 beim Freundschaftsspiel BVB–Manchester City erreicht. Einem Einsatzzug der 17. BPH Münster wurden 35 Verpflegungsbeutel übergeben, von denen 12 im Inneren Blutanhaftungen aufwiesen. Landesvorsitzender Frank Richter: „Ich erwarte vom Innenministerium nun umgehend ein sachgerechtes Krisenmanagement. Die zentrale Verpflegung durch die vom Innenministerium bestimmten Caterer hat sich als Flop erwiesen – den die Kolleginnen und Kollegen nun ausbaden müssen.“

Aus Sicht der GdP ist die Privatisierung der polizeilichen Einsatzküchen schnellstmöglich rückgängig zu machen.



Bosbach besucht GdP-NRW

Anlässlich seines Besuches der Landesgeschäftsstelle der GdP-NRW haben Frank Richter, GdP-Landesvorsitzender, und Adi Plickert, stellvertretender Landesvorsitzender, mit dem Vorsitzenden des Bundestagsinnenausschusses, Wolfgang Bosbach, Fragen der Inneren Sicherheit diskutiert.

Wolfgang Bosbach und die GdP-Landesspitze waren sich darüber einig, dass die zunehmende Gewaltbereitschaft und -ausübung gegenüber Polizeibeamten nicht hinnehmbar sind. Das besondere Interesse des Bundestagsinnenausschussvorsitzenden fand die GdP-Initiative zur Schaffung einer ei-

genständigen Strafrechtsnorm zur Ahndung solcher gewalttätigen Übergriffe. Weitere Erörterungspunkte waren die Einsatzbelastungen der Bereitschaftspolizei, Personalentwicklung bei der Polizei sowie einige andere sicherheitsrelevante Fragen. Der GdP-Vorschlag, den Bereich der Sicherheitsverwahrung zukünftig mittels eines eigen-



V. l. n. re. Frank Richter, Wolfgang Bosbach und Adi Plickert.

ständigen Gesetzes zu regeln, stieß bei Wolfgang Bosbach auf großes Interesse.

Wir sind die GdP

Seit einer kleinen Ewigkeit schon gehört der Familientag der GdP zu den Highlights, die jedes Jahr aufs Neue angeboten werden. Und trotzdem ist es immer wieder schön. 68 GdP-Mitglieder, Kinder und Freunde sind in diesem Jahr dazu extra von Coesfeld in den Movie Park in Bottrop gefahren, und haben es nicht bereut. „Für uns ist der Familientag Tradition“, meint Kreisgruppenvorsitzender Kai Hartweg. „Schließlich wollen wir unseren Mitgliedern zeigen, dass die

GdP nicht nur für Tarifverhandlungen da ist, sondern dass wir auch zusammen feiern können.“ Stark vertreten waren bei den Coesfeldern auch in diesem Jahr wieder die Senioren. Aber auch ganze Familien sind mitgereist, und erstaunlich viele Jugendliche und junge Erwachsene. „Das zeigt, dass wir mit unserem Angebot nicht so ganz falsch liegen“, freut sich Hartweg. „So ein Tag verbindet eben.“

Die Frage, was ein verbilligter Eintritt in einen Freizeitpark mit Gewerkschafts-

arbeit zu tun hat, stellt sich deshalb für den Kreisvorsitzenden nicht. „Unsere Mitglieder genießen es einfach, ihre Kolleginnen und Kollegen auch einmal außerhalb von Berufs- und Gewerkschaftsterminen zu treffen. Und mit Vorstandsmitgliedern mal über etwas anderes zu reden als über Gewerkschaftsthemen.“ Für Hartweg ist der Familientag auch ein Stück Mitgliederbindung. Für die Coesfelder GdP-Mitglieder gab es deshalb in diesem Jahr am Familientag nicht nur den verbilligten Eintritt in den Movie Park, sondern auch einen kostenlosen Bustransfer. Finanziert aus den Überschüssen des Polizei- und Bürgerfestes.



GdP aktiv

5. 9., Bürger- und Polizeifest der KG Bonn als Rheinfahrt auf der MS Godesia, 10.30 Uhr, Anleger Langer Eugen/ Gronau

23. 9., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Unna, 14.30 Uhr, Bürgerhaus Kamen-Heere, Heerener Str. 197

29. 9., Europäischer Aktionstag „nein zu Sparmaßnahmen – Priorität für Wachstum und Beschäftigung“ in Brüssel

25. 10., Jubilarehrung der Kreisgruppe Dortmund, ab 16 Uhr, in der Kantine des Polizeipräsidiums Dortmund



Praxisphasen müssen länger sein

Am 1. September beginnen an der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung erneut 1100 Kommissaranwärterinnen und -anwärter ihre Polizeiausbildung. Der dritte Jahrgang seit dem Start des Bachelor-Studiums. Der Studiengang hat sich bewährt – das zeigen alle bisherigen Erfahrungen mit der neuen dreijährigen Erstausbildung für die Polizei. Und da, wo es kleinere Anlaufprobleme gegeben hat, wie bei der Verteilung der Lehrinhalte auf die Ausbildungsmodule und bei der Zahl der Prüfungen, ist die Studienordnung inzwischen geändert worden (DP 8/2010). Positiv bewertet wird auch die systematische Verknüpfung von Theorie-, Übungs- und Praxisphasen. Dadurch können die angehenden Polizeibeamten ihr neues Wissen früh in der Praxis erproben.

Die GdP wollte es trotzdem genauer wissen und hat drei Bachelor-Studentinnen und -Studenten nach ihren persönlichen Erfahrungen gefragt.

Mit welchen Erwartungen bist du in das Studium gestartet – wurden diese erfüllt, übertroffen, oder wurden sie enttäuscht?

Steffen Gottschalk:

An dem Beruf Polizist hat mich besonders gereizt, mit Menschen arbeiten zu können und in einem interessanten, spannenden sowie abwechslungsreichen Berufsfeld neue Erfahrungen sammeln zu können. Dass man als Beamter einen sicheren Arbeitsplatz hat, spielt in der heutigen Zeit natürlich auch eine Rolle. Auch die diversen Spezialisierungsmöglichkeiten, die die Polizei nach der Ausbildung anbietet, haben mir zugesagt.

Insgesamt kann ich bisher sagen, dass sich meine Erwartungen voll und ganz erfüllt haben und ich mich für den richtigen Beruf entschieden habe, auch wenn die Praxisanteile in meinen zwei Jahren mit 11 Wochen nicht gerade übermäßig viel waren. Die Tatsache, dass die Ausbildung einen sehr hohen Theorieanteil beinhaltet, hat mich anfangs etwas überrascht, da ich den Beruf eines Polizisten immer als einen praktischen angesehen habe. Jedoch werden in diesen Theorieblöcken meine späteren Grundlagen vermittelt, sie sind demnach unverzichtbar.

Ina Venemann:

Meine Erwartungen an eine spannende, abwechslungsreiche und herausfordernde Arbeit haben sich während der Ausbildung schon erfüllt und mich bestätigt, dass es die richtige Berufswahl ist/war. Insbesondere während des Praktikums in der Behörde erlebt man den Alltag eines Polizeibeamten hautnah. Die Erwartungen bezüglich des Praktikums sind übertroffen worden, da wir durch das entgegenge-

brachte Vertrauen innerhalb der Dienstgruppe schon viele Aufgaben übernehmen durften und weitestgehend selbstständig agieren und einschreiten durften und nicht nur als Hospitant mitfahren.

Rene Berg:

Das ganze System Bachelor war mir bis dahin nur aus Studienverlaufsplänen bekannt. Innerhalb der durchgeführten Orientierungswoche konnte ein kleiner Eindruck davon erlangt werden, was uns in den nächsten drei Jahren bevorstehen würde.

Die Frage, ob meine Erwartungen an den Polizeiberuf erfüllt worden sind, kann ich, mit Einschränkung für einen Teil des Studiums, bejahen. Ich bin froh, die Möglichkeit bekommen zu haben, diesen Beruf in Zukunft nach dem Studium ausüben zu dürfen.

Wo drückt der Schuh während des Studiums (z. B. Studienbedingungen, Lehrende, Inhalte etc.?)

Steffen Gottschalk:

Die Tatsache, dass der Einstellungsjahrgang 2008 der erste Bachelorjahrgang ist, beinhaltet für uns anfangs auch viele Unstimmigkeiten in der Organisation und einen teils holprigen Ablauf. Dies reichte von inhaltlich zu viel Stoff bis zu fehlender bzw. nicht ersichtlicher Relevanz zum Arbeitsleben der Inhalte.

In Selm waren teilweise zu wenige Rollenspieler bestellt, was dazu führte, dass Studenten diese Rolle übernehmen mussten. Ich erinnere mich auch an einen Tag im KK-Bereich, wo wir eine Vernehmung auf Englisch durchführen sollten und die Rollenspieler teilweise gar nicht wussten, wofür sie gebucht waren und dementsprechend unvorbereitet ins Rollenspiel gegangen sind. Weiter war ein großes Problem die Unterbringung der einzelnen Kurse in den Räumlichkeiten. Wir mussten den Öfteren während der Einheiten die

Räumlichkeiten wechseln weil diese doppelt belegt wurden.

Allerdings hat sich vom ersten Bachelorjahrgang zum zweiten einiges getan. Kombiklausuren sind gänzlich weggefallen und Inhalte wurden untereinander sinnvoll getauscht. Wie in der Ausgabe 08/2010 der Deutschen Polizei auch zu lesen ist, sind weitere Änderungen für den neuen Jahrgang, der im September beginnt, durchgesetzt worden. Es gibt aber immer noch Veränderungsbedarf. So wird der Raub im Vergleich zum Diebstahl viel zu früh an der Fachhochschule behandelt, während die große Prüfung des Diebstahls erst im dritten Abschnitt erfolgt. Auch hier ist eine Umstrukturierung zwingend erforderlich. Zumindest aus meiner noch geringen Erfahrung, und nach Rücksprache unter Studierenden kommt in vielen Behörden der Diebstahl und besonders die Form des Ladendiebstahls viel öfter vor als der Raub.

Darüber hinaus war ein großes Thema der sportliche Bereich sowie die Überprüfung der sportlichen Fähigkeiten. Dank der Forderung u. a. der JAV hat man erreicht, dass man alternativ zum Kugelstoßen nun auch die 100 Meter schwimmen kann.

Insgesamt kann ich sagen, dass sich die Studienbedingungen fortlaufend bessern und inzwischen einigermaßen in Ordnung sind.

Ina Venemann:

Der Schuh drückt leider noch an so mancher Stelle, da wir der erste Bachelorjahrgang sind und es einige Zeit dauert, bis sich ein neuer Studiengang etabliert. Mit der Rolle des „Versuchskaninchens“ habe ich mich arrangieren können.

Insbesondere im theoretischen Teil, während der Zeit an der FH, fallen Unstimmigkeiten auf. So sind die Lerninhalte für eine so kurze Zeit viel zu weitreichend. Insbesondere im jetzigen Fachmodul 3 waren neben der Seminararbeit noch drei Klausuren gefordert. Das war einfach viel Lernstoff für wenig Zeit.

Die fehlende Unterbringung in den BPT innerhalb der LAFF ist für uns eine bittere Entscheidung und wird oftmals kritisiert.

Rene Berg:

18 Monate – 21 Prüfungen. Anfangs – und ich denke, so ging es den meisten Kolleginnen und Kollegen – machte man sich über die Fülle an Prüfungen keine großen Gedanken, doch nach kurzer Zeit wurde



POLITIK IN NRW

einem klar, dass tatsächlich jede einzelne Prüfung bestanden werden muss, sonst droht nach einer verpatzten Wiederholung das „Aus“ für den Traumjob. Dass Prüfungen bestanden werden müssen, steht außer Frage. Aber der permanente Druck hat dazu geführt, dass sich die betroffenen Kolleginnen und Kollegen an die Grenzen psychischer Belastungen geföhrt fühlen.

**Was erwarte ich von den Lehrenden?
Steffen Gottschalk:**

Ganz klar, eine gewisse Kompetenz muss vorhanden sein sowie der Willen, diese weiter zu vermitteln. Darüber hinaus schadet es auch nicht, wenn die Lehrenden immer ein Auge frei haben, um einen Blick über den Tellerrand hinaus zu werfen und nicht nur Augen für ihr Fach haben.

Ina Venemann:

Meine Erwartungen an die Lehrenden sowie die Dozenten sind ein motiviertes und flexibles Verhalten in Bezug auf Lerninhalte und deren Vermittlung. Die Lehrenden und Dozenten sollten Hilfestellung anbieten und diese auch geben, wenn es von uns gefordert wird.

Rene Berg:

Was man zugutehalten muss, ist das Engagement der Dozentinnen und Dozenten der FHöV, der Lehrenden des LAFP und der Tutorinnen und Tutoren. Trotz einiger Widrigkeiten wird vom Großteil dieses Personenkreises einiges möglich gemacht.

**Was kann man/sich tun, um erfolgreich durch das Studium zu kommen?
Steffen Gottschalk:**

Lernen ist hier schon nicht falsch. Für mich speziell kann ich sagen, dass ich die erste Klausur im Grundlagenmodul nicht ernst genug genommen habe und deshalb durchgefallen bin. Hieraus habe ich gelernt, meine Nachschreibeklausur war dann ein voller Erfolg.

Ina Venemann:

Auf dem letzten Stück der Ausbildung darf ich die Motivation nicht verlieren und weiter an dem Ziel arbeiten. Zu guter Letzt sollte der Humor nicht zu kurz kommen.

Rene Berg:

Einige der festgestellten Missstände werden für die nachfolgenden Jahrgänge geändert werden. Das ist auch gut so und erfreut mich vor allem in meiner Funktion als Vorsitzender der Jugend- und Auszubildendenvertretung beim PP Köln. Schade nur, dass diese Anpassungen nicht mehr bei dem EJ 2008 vorgenommen werden.

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 1. 9. Inge Schmidt, Velbert-Langenberg
- 7. 9. Ursula Becker, Erkelenz
- 9. 9. Hildegard Schürmann, Essen
- Anna Werner, Wachtendonk
- 17. 9. Heinz Krella, Herten
- 18. 9. Egon Strathmann, Bielefeld
- 20. 9. Johann Gebert, Illertissen
- 25. 9. Luzie Schapkow, Paderborn
- Maria Skoruppa, Solingen
- 27. 9. Gerhard Thiem, Neunkirchen-Seelscheid
- 30. 9. Josefine Winter, Hürth

91. Geburtstag

- 2. 9. Lilli Plöger, Lemgo
- 4. 9. Heinz Bräer, Hennweiler
- Charlotte Vogt, Düsseldorf
- 9. 9. Katharina Brune, Duisburg
- 12. 9. Ernst Gräwinger, Wuppertal
- 13. 9. Hedwig Probst, Bottrop
- Elisabeth Zymelka, Bochum
- 15. 9. Hans Bauhoff, Köln
- Wolfgang Hofmann, Bonn
- 16. 9. Hilda Horstmann, Dinslaken
- 18. 9. Artur Rubert, Wuppertal
- 19. 9. Hans Reinhardt, Bielefeld
- 24. 9. Gerhard Schneider, Blomberg
- 25. 9. Wilhelm Adorf, Frechen
- 28. 9. Margaretha Ruthof, Bochum
- 29. 9. Helene Halbach, Wuppertal
- 30. 9. Heinrich Brauwers, Kevelaer

92. Geburtstag

- 9. 9. Elisabeth Ortman, Duisburg
- 30. 9. Luise Haarhaus, Gelsenkirchen

93. Geburtstag

- 5. 9. Erika Mathes, Lippstadt
- 9. 9. Anna Schmelter, Overath
- 27. 9. Peter Koenes, Viersen

94. Geburtstag

- 9. 9. Katharina Brodesser, Bonn
- Marlene Eggelnpöhler, Hilden
- 11. 9. Cäcilie Liefertz, Aachen
- 23. 9. Berta Ludwig, Erkrath

96. Geburtstag

- 4. 9. Maria Rinteln, Ennepetal
- 5. 9. Ruth Bensch, Dortmund
- 13. 9. Lotte Skibba, Gelsenkirchen
- 17. 9. Tonis Hunold, Bornheim

97. Geburtstag

- 4. 9. Otto Kult, Unterweißbach
- 30. 9. Mechtildis Beger, Köln

99. Geburtstag

- 28. 9. Karoline Schmidt, Porta Westfalica

101. Geburtstag

- 21. 9. Bernhard Voss, Dortmund

102. Geburtstag

- 9. 9. Else Busch, Duisburg

Der Geschäftsföhrende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:
Stephan Hegger (Vi.S.d.P.)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss für die Oktober-Ausgabe ist der 10. September.

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-service-nw.de
E-Mail: penguin@gdp-service-nw.de



Pranger ist die falsche Lösung

Eine eindeutige Absage hat die GdP NRW Plänen erteilt, den Wohnort aus der Sicherungsverwahrung entlassener Straftäter zukünftig im Internet bekannt zu geben. Frank Richter, GdP-Landesvorsitzender: „Der Pranger ist abgeschafft. Unsere Kolleginnen und Kollegen müssten dann nicht nur die Öffentlichkeit vor den potenziellen Gewalttätern, sondern diese auch vor der Gesellschaft schützen.“ Nachdem der EUGH

die nachträgliche Sicherungsverwahrung für rechtswidrig erklärte, hat es im Anschluss unterschiedliche Lösungsvorschläge gegeben, unter anderem, die Daten der Entlassenen ins Internet zu stellen. Die Bundesjustizministerin, Sabine Leutheuser-Schnarrenberger, favorisiert dagegen elektronische Fußfesseln. Die GdP lehnt diese Pläne ab, da auf diese Weise nur der jeweilige Aufenthaltsort zu ermitteln wäre. Sexualstraftäter ver-

halten sich zwanghaft und lassen sich auch von elektronische Fußfesseln nicht von einer Tat abhalten. Die GdP NRW favorisiert eine andere Lösung. Frank Richter: „Es muss eine eigenständige Rechtsgrundlage analog zum Psychisch-Kranken-Gesetz geschaffen werden. Dann stellt die Sicherungsverwahrung keine verkappte Strafe mehr dar, sondern dient ausschließlich der Gefahrenabwehr.“

GdP INTERN

Senioren aktuell

Kreisgruppe Aachen

21. September, Seniorenjahresfahrt (Bus-/Schiffahrt von Maastricht nach Lüttich), Treffpunkt: 8.30 Uhr, PP Aachen, Abfahrt 8.45 Uhr, Rückkehr ab Maastricht ca. 19.00 Uhr, Anmeldung bis 15. September bei Ralf Dünzer, Tel.: 02 41/95 77-2 30 03

Kreisgruppe Aachen

27. Oktober, Seniorenherbstwanderung mit Führer durch das Wallonische Venn, eigene Anreise, Selbstverpflegung und nur für Geübte, Treffpunkt: 10 Uhr Parkplatz Centre Nature de Botrange

Kreisgruppe Düsseldorf

9. Oktober, Treffen Einsatzreservisten, Treffpunkt: 10.00 Uhr, Brauerei Schumacher, Oststr. 123, Düsseldorf,

Anmeldung unter Tel. 0 21 04/3 19 02, Manfred Kieselbach

Kreisgruppe Gelsenkirchen

13. September, Stadtrundfahrt durch Gelsenkirchen, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Abfahrt vom Hof des Präsidiums, Anmeldung unter Tel. 02 09/3 65-30 03

Kreisgruppe Köln

16. September, Referentin Natalie Kohn vom PP Köln zum Thema „Senioren, Verkehr in Köln gestern und heute“, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Köln

Kreisgruppe Märkischer Kreis

28. September, Seniorentreffen, Vortrag des Kollegen Bernhard Heckenkemper über Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht; Ehrung der Jubilare, Treff-

Werbeaktion 2010

Glücksnummern des Monats

- 45 17854
Christoph Brumm, Duisburg
 - 45 18442
Franz Janßen, Heinsberg
 - 45 18788
Laura Kann, Düsseldorf
 - 45 17789
Victoria Schiprowski, Hagen
- Die Gewinner erhalten einen Funkwecker „Prestige“.**

punkt: 10.30 Uhr, Turnerheim, Griesenbraucker Str. 30, 58640 Iserlohn

Regelmäßige Termine unter: www.gdp-nrw.de

NACHRUF

Baumann, Herta	20. 10. 1921	Bochum	Knickenberg, Erna Else	22. 9. 1916	Wuppertal
Beisert, Ruth Irmgard	19. 6. 1921	Bochum	Kubillus, Walter	26. 11. 1919	Duisburg
Bernstetter, Elsa	1. 1. 1923	Herford	Mehrgott, Gertrud	19. 3. 1914	Dortmund
Blachowiak, Felix	14. 11. 1914	Solingen	Mohr, Max	11. 1. 1911	Krefeld
Braun, Hildegard	7. 12. 1912	Recklinghausen	Nigbur, Edmund	19. 5. 1926	Aachen
Bretschneider, Helene	5. 4. 1917	Duisburg	Ommert, Ulrich	30. 1. 1941	Gelsenkirchen
Brunk, Katarina	24. 9. 1915	Dortmund	Philipp, Friedhelm	5. 12. 1950	Kleve
Budzinski, Ilse	17. 10. 1922	Essen/Mülheim	Rauterkuss, Edith	11. 8. 1922	Köln
Dehm, Elisabeth	14. 6. 1913	Essen/Mülheim	Roland, Grete	30. 7. 1915	Ennepe-Ruhr
Dombrowski, Frank	26. 3. 1959	Hagen	Rolf, Anton	28. 3. 1932	Selm
Engels, Peter	25. 6. 1926	Neuss	Römer, Hans	10. 4. 1933	Gelsenkirchen
Heidkamp, Erwin	18. 4. 1926	Minden-Lübbecke	Röther, Willi	7. 12. 1924	Mönchengladbach
Henseler, Heinz	7. 10. 1953	Krefeld	Schemat, Paul	11. 8. 1917	Krefeld
Homann, Gustav	4. 11. 1915	Recklinghausen	Schorr, Franz	13. 8. 1925	Aachen
Hümsch, Werner	5. 12. 1926	Krefeld	Suther, Beatrix	6. 1. 1963	Bonn
Jansen, Ernst	20. 12. 1922	Aachen	Wermelskirchen, Heinz	22. 8. 1924	Köln
Jürgens, Horst	9. 12. 1934	Dortmund	Wimmers, Hedwig	19. 6. 1930	Neuss
Kaul, Johannes	21. 5. 1929	Recklinghausen	Woywod, Horst	1. 9. 1930	Autobahnpolizei Düsseldorf
Klingen, Grete	5. 10. 1917	Bottrop/Gladbeck			

